

Pulsnitzer Anzeiger

Dhormer Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn



Die Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 60 Hpf., bei Lieferung frei Haus 55 Hpf. Postbezug monatlich 2.50 RM. Die Behinderung der Lieferung rechtfertigt keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitungsaussgabe für Abholer täglich 3-6 Uhr nachmittags. Preise und Nachlasssätze bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 4 — für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an

bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vor-10 Uhr anzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stellv.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heftanteil: Sporn u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; Politik, Bilderdienst und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. — D. V. VII.: 225. Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Dittler-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 211

Freitag, den 9. September 1938

90. Jahrgang

Der Geist der Prager Vorschläge

Zehn Jahre sollen die Sudetendeutschen warten

Zugelang bevor die neuen Vorschläge Prags zum Nationalitätenproblem der Sudetendeutschen Partei gestellt wurden, versicherten die englische und französische Presse im Verein mit den Prager Blättern, daß die tschechische Regierung den Forderungen der Sudetendeutschen „enorm entgegenkommen“ sei, und daß den Karlsbader Beschlüssen „zu 90 Prozent Rechnung getragen“ werde. Wie unberechtigt diese Voraussagen gewesen sind, ergibt sich aus den Mitteilungen, die jetzt von englischer Seite aus über den Inhalt der Prager Vorschläge gemacht werden.

In einer Prager Meldung weist Reuters darauf hin, daß die Vorschläge der tschechischen Regierung u. a. vorsehen, daß zehn Jahre zur Durchführung der Verteilung der Beamtenstellen entsprechend dem Verhältnis der verschiedenen Nationalitäten in der Tschecho-Slowakei verwendet werden sollen.

Wie man unter diesen Umständen noch von einer 90prozentigen Erfüllung der Karlsbader Forderungen sprechen kann, ist schlechterdings unverständlich. Durch die beiden Zweckoptimismen sollten offenbar die Sudetendeutschen unter moralischen Druck gesetzt und in eine heikle Lage hineingemauert werden, in der es ihnen unmöglich erscheinen könnte, die viel gerühmten tschechischen Vorschläge abzulehnen. Inzwischen hat die standalöse Mißhandlung der sudetendeutschen Abgeordneten in Mährisch-Odrau der Welt bewiesen, wie es um das „enorme Entgegenkommen“ der Tschechen in Wirklichkeit bestellt ist.

Die Gerichte, die die konservative und eben nahe stehende „Yorkshire Post“ und der liberale „Star“ ausstreuen, nach denen Lord Runciman auf Grund des „Times“-Artikels über die Notwendigkeit einer Abrennung des sudetendeutschen Gebiets seinen Rücktritt plante, werden von maßgebender Seite als völlig falsch bezeichnet.

Lord Halifax bei Chamberlain

Der englische Ministerpräsident Chamberlain, der aus Schottland zurückgekehrt ist, empfing den englischen Außenminister Lord Halifax sowie den ständigen Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Sir Alexander Cadogan, in der Downing-Street zur Besprechung der internationalen Lage. Außenminister Halifax

hat dem Ministerpräsidenten — wie verlautet — insbesondere über die mitteleuropäische Lage Bericht erstattet.

Die „Times“ bleibt bei ihrem Vorschlag

Nach der Veröffentlichung des „Times“-Artikels über den Plan einer friedlichen Loslösung des sudetendeutschen Landes von der Tschecho-Slowakei hat die Prager Regierung nichts Entgegengesetztes zu tun gehabt, als das britische Außenamt zu der Erklärung zu veranlassen, daß es sich um keine amtliche Stellungnahme handele. Die Haltung der „Times“ dagegen geht dahin, daß sie ihren Vorschlag weiter aufrechterhält und noch einmal ausdrücklich schreibt: Heute sei die Maschinen der Versöhnung und Aushandlung an der Arbeit. Falls sie aber in ihrem gegenwärtigen Ziel fehlschlagen sollte, so bestreite kein Grund, warum nicht nach den Beobachtungen unabhängiger Augenzeugen ein ganz anderer Weg versucht werden sollte. Die Lage sei allerdings im Fluß.

Vollstreckung einzig möglicher Ausweg

In den ausländischen Zeitungen, die Vorschläge zur Lösung der sudetendeutschen Frage der breiten Öffentlichkeit unterbreiten, ist jetzt auch „New York Daily News“, die Zeitung mit der größten Auflage in Amerika, getreten. „New York Daily News“ schlägt als faire Lösung der Schwierigkeiten in der Tschecho-Slowakei eine Volksabstimmung für die Sudetendeutschen vor.

Es bestreite kein Zweifel, so betont das größte amerikanische Blatt weiter, daß die Verärgerung und die Klagen der Sudetendeutschen gegen die Tschechen berechtigt seien. Die Tschechen hätten den Deutschen ihre Anstellungen weggenommen, ihre Spielzeug-, Schmuck- und Textilindustrien vernichtet und aus dem ehemals reichsten Gebiet des alten Österreich-Ungarn ein verarmtes Land, ähnlich wie die ärmsten Teile des amerikanischen Südens, gemacht. Der einzig mögliche Weg aus dieser komplizierten Lage sei ein Volksentscheid. Ein solcher habe an der Saat Erfolg gehabt, die bestehenden Schwierigkeiten restlos zu beseitigen, warum sollten — so fragt schließlich das Blatt — sich nicht auch in der sudetendeutschen Frage beide Parteien mit einer solchen Lösung zufriedengeben können?

Die eine umfangreiche Denkschrift mit allen Unterlagen. Die Abordnung, die vom Abgeordneten Dr. Kofche geführt wurde, bestand aus Vertretern des Handlungsbüroverbandes, der Deutschen Arbeitergewerkschaft Gablonz, der Christlichen Arbeitergewerkschaft und der Deutschen Arbeitergewerkschaft in Leitzen.

Verdächtige tschechische Geheimnistuerei

Obduktion der Leiche Knolls durch deutschen Arzt untersagt

Die deutsche Bevölkerung in Jägerndorf und Umgebung ist äußerst erregt, da die politische Bezirksbehörde in Jägerndorf nicht gestatten will, daß der Sarg des nach tschechischer Darstellung durch „Selbstmord“ ums Leben gekommenen Amtswalters der SdP, Knoll, der nach Ungarisch-Gradiš zu einer Waffentübung eingezogen worden war, geöffnet werde. Außerdem hat die politische Bezirksbehörde die Hinzuziehung eines deutschen Arztes zur Obduktion der Leiche Knolls verboten. Die SdP hat nunmehr an Prager zuständiger Stelle gegen das Verbot Vorstellungen erhoben. Außerdem hat, wie verlautet, Sutton Blatt, einer der Mitarbeiter Runcimans, den Wunsch geäußert, daß ein deutscher Arzt bei der Obduktion zugegen sei und das Begräbnis nicht von Sonnabend stattfinden.

Aus Anlaß des Todes des sudetendeutschen Parteiangehörigen Alfred Knoll aus Hagenstein bei Römerstadt wurde für Sonnabend, den 10. September, Parteirat ausgeschrieben.

Obduktion in Jägerndorf angefragt

Rundgebungen der Bevölkerung gegen tschechischen Terror Appell Runcimans an Ministerpräsident Hodscha

Der Leichenbestatter, in dessen Verwahrung der Leichnam des nach tschechischen Angaben an „Selbstmord“ verschiedenen Amtswalters der Sudetendeutschen Partei, Knoll, wurde von den Bezirksbehörden aufgefordert, die Leiche sofort beerdigen zu lassen, widrigenfalls er mit der Entziehung der Konzession zu rechnen habe. Die darüber auf das höchste erregte Bevölkerung von Jägerndorf veranstaltete Kundgebungen. Abgeordneter Rumb hat den Ministerpräsidenten auf den bedrohlichen Ernst der Lage hingewiesen. Hodscha sagte zu, daß diese Maßnahme zurückgezogen, und am Freitag die Obduktion der Leiche unter Beiziehung eines deutschen Arztes stattfinden wird.

Täglich Bedrohungen und Ueberfälle

Die Leiden der Sudetendeutschen in Komotau. Der Stadtrat von Komotau hat angesichts der ständigen schweren Ausschreitungen der dortigen Garnison folgende Entschließung gefaßt:

„In der letzten Zeit wurden in Komotau wiederholt in der Nacht Einwohner deutscher Nationalität auf der Straße von Soldaten der hiesigen Garnison angehalten und belästigt, ja in einigen Fällen mit dem Bajonett bedroht oder sogar niedergeschlagen oder blutig verletzt. Dadurch hat sich der Bevölkerung eine tiefe Benurhung, ja Erbitterung bemächtigt.

Trotz sofortiger Intervention bei den behördlichen Stellen wurden die Täter weder festgestellt noch bestraft, obwohl dies in dem Falle, der sich in der Nacht vom 3. auf den 4. September ereignet hat, ohne weiteres möglich gewesen wäre. Der Stadtrat zu Komotau stellt fest, daß die lokalen Behörden nicht die erforderlichen Maßnahmen ergriffen haben, um der durch diese Zwischenfälle hervorgerufenen Unsicherheit ein Ende zu machen.

Die Bevölkerung hat trotzdem bisher in anerkennenswerter Weise Ruhe und Disziplin bewahrt. Der Stadtrat hält es aber für seine Pflicht, die Maßnahmen

Erpressung von Geständnissen!

Politische Untersuchungsgefängnisse von Tschechen aufs schwerste mißhandelt

Das Presseamt der Sudetendeutschen Partei teilt mit: Der Politische Ausschuss der Hauptleitung der Sudetendeutschen Partei hat in einer außerordentlichen Sitzung Beschlüsse gefaßt, die sich gerade in letzter Zeit wieder häuften und beweisen, daß Untersuchungsgefängnisse in politischen Strafverfahren schwersten Mißhandlungen ausgesetzt werden. Der Politische Ausschuss hat aus Anlaß der Mährisch-Odrau Zwischenfälle eine Generaluntersuchung des gesamten bei den Parteistellen eingelaufenen Materials durchgeführt und die Frage der Begegnung der tschecho-slowakischen Justizparität geprüft. Im Anschluß daran erstattete der Leiter des Amtes für Rechtspolitische Kontrolle, Abg. Dr. Neuwirth, der über besonderen Auftrag die letzten Vorfälle bei der Polizeidirektion in Mährisch-Odrau untersucht hatte, einen Bericht.

Ohne vorläufig Einzelheiten über die in Mährisch-Odrau geschehenen Mißhandlungen zu veröffentlichen, stellte der Politische Ausschuss fest, daß Untersuchungsgefängnisse gesetzwidrig Untersuchungshäftlinge bis zu der Dauer von zwei Jahren unterworfen werden, daß seit mehr als Jahresfrist politische Untersuchungsgefängnisse nichttschechischer Volkszugehörigkeit schwersten Mißhandlungen ausgesetzt sind. Es wurde einwandfrei festgestellt, daß u. a. als Mittel zur Erpressung von Geständnissen Bastonaden und das Verdrücken ungedeckter Häftlinge mit Gummitüppeln

angewandt werden. Aus der Tatsache, daß die ungeheuerlichen Methoden gleichartig bei verschiedenen Untersuchungsstellen, wie in Wilsen, Prag, Delmütz erwiesenermaßen angewandt werden, geht hervor, daß diese Methoden auf Einflußnahme bestimmter interessierter Stellen zurückzuführen sind.

Die Mährisch-Odrau Ereignisse beweisen neuerdings, daß die Wirkungsmechanismen der verfassungsmäßigen Faktoren zum Zweck der Sicherung der staatsbürgerlichen Grundrechte gegenüber den Einflüssen militärischer und bürokratischer Kreise nicht sichergestellt erscheinen. Es wurde beschlossen, in einem Memorandum an die Regierung alle Umstände zusammenzutragen, die die Verschärfung der Lage herbeiführen, für die die Sudetendeutsche Partei die Verantwortung ablehnt.

Denkschrift für Lord Runciman

Wie das Presseamt der Sudetendeutschen Partei mitteilt, empfangt Lord Runcimans Stab neuerlich Abordnungen der deutsch-völkischen Gewerkschaften in der Tschecho-Slowakei als Vertreter der sudetendeutschen Arbeitnehmer im Privat- und Staatsdienst. Die Abordnung, die schon am 12. August der englischen Mission Vortrag über die wirtschaftliche und soziale Lage der sudetendeutschen Arbeitergemeinschaft gehalten hatte, setzte ihre Berichterstatterna fort. Am Ende der Aussprache überreichte

